

Die Medienkampagne gegen uns:

Die Medienkampagne, die um ein privates Abendessen entfacht wurde, bei dem CDU-, Werteunion und AfD-Mitglieder teilnahmen, wird Ihnen nicht entgangen sein. Die diesbezüglichen Unterstellungen durch ein teils staatlich finanziertes Medienprojekt („Correctiv“) dürften in unserer deutschen Nachkriegsgeschichte einmalig sein. Irrsinnige Forderungen, wie das Abschieben unbescholtener deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund, werden von der AfD nicht vertreten. Hier ein paar wichtige Fakten dazu:

- ⚠️ Sämtliche Teilnehmer des besagten Abendessens widersprechen der medialen Darstellung. Thema sei die rechtskonforme Ausweisung Krimineller gewesen. Dass es keinerlei Belege für die mediale Darstellung gibt, wird ignoriert.
- ⚠️ Der AfD-Bundesvorstand hat sehr deutlich klargestellt, dass private Abendessen mit CDU- und AfD-Politikern ohnehin keinen Einfluss auf die Positionen der AfD haben. Dafür gibt es klare innerparteiliche Abstimmungswege.
- ⚠️ Die Inhalte einer Partei finden sich in Parteiprogrammen, parlamentarischen Initiativen und den Pressemitteilungen des Bundesvorstandes wieder. Nicht in privaten Abendessen, an denen vier Parteimitglieder teilnehmen.
- ⚠️ Auch der gelebte Alltag in der AfD widerspricht der medialen Darstellung: Deutsche mit Migrationshintergrund sind selbstverständlicher Teil unserer Partei und vertreten sie auch in repräsentativen Funktionen nach außen.
- ⚠️ Die Recherchegruppe "Correctiv" hat in der Vergangenheit bereits gerichtliche Niederlagen hinsichtlich der produzierten Fakten-Checks hinnehmen müssen. Trotzdem erhält "Correctiv" weiter öffentliche Zuwendungen und findet Gehör bei Politik und Medien.
- ⚠️ Wir haben weder in einem Programm, noch einem parlamentarischen Antrag oder sonst wo jemals die Abschaffung der Demokratie gefordert. Vielmehr möchten wir sogar Volksentscheide auf Bundesebene einführen.

Es läuft eine verleumderische Lügenkampagne gegen die Opposition. Die Forderung nach Medienregulierung, der Einsatz des Geheimdienstes gegen Kritiker, die Opposition zu verbieten und ihren Vertretern die Grundrechte zu entziehen: Klingt das für Sie demokratisch? Nur 40 Prozent der Deutschen haben noch das Gefühl, ihre Meinung offen sagen zu können. Das liegt an Kampagnen wie dieser, mit der Andersdenkende gebrandmarkt und aus der demokratischen Debatte gedrängt werden sollen. Wenn wir zusammenhalten, wird das aber nicht gelingen. Wir fordern eine freie und faire Diskussion um die besten Ideen statt undemokratischer Drangsalierung der Opposition!

Die Darstellungen vieler Medien halten einer Überprüfung nicht stand und sollen die inhaltliche Auseinandersetzung mit unseren politischen Positionen ersetzen. Dieses Vorgehen ist unredlich, undemokratisch und spaltet das Land. Wir laden Sie ein, uns persönlich kennenzulernen und sich ein eigenes Bild zu machen. Nehmen Sie dazu gerne Kontakt zu Ihrem örtlichen Kreisverband auf.

Kein Geheimnis: Unsere Positionen zur Re-Migration:

Illegales Einreisen verhindern!

Illegales Hierbleiben erschweren!

Nach Recht und Gesetz abschieben!



www.hessenistblau.de



Fakten & Quellen

Unterstützen Sie uns:

AfD Landesverband Hessen
Deutsche Bank
IBAN: DE19 5007 0024 0807 3090 05
BIC: DEUTDE33HAN30

Alternativ ist es auch möglich, Geld
über unser PayPal-Konto anzuweisen:
paypal@afd-hessen.de

www.afd-hessen.de
info@afd-hessen.de



**MIT FAKTEN GEGEN
FAKE-NEWS!**



Unsere Antwort auf Correctiv & die Anti-AfD-Kampagne





In einer Zeit, in der politische Diskurse oft von Missverständnissen und Fehlinformationen geprägt sind, ist es unser Ziel, Klarheit und Wahrheit zu schaffen. Die AfD Hessen steht für eine transparente und gerechte Politik, die das Wohl aller Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt. Leider sehen wir uns mit einer Reihe von Unwahrheiten und Falschbehauptungen konfrontiert, die durch bestimmte Medien und politische Gegner verbreitet werden, insbesondere im Zusammenhang mit der Thematik der Remigration.

Wir stellen unsere Anliegen und Forderungen klar, um Missverständnisse aus dem Weg zu räumen:

1) Forderungen nach Remigration, also der konsequenten Ausweisung aller ausreisepflichtigen Ausländer, entsprechen der heutigen Rechtslage oder lassen sich mittels verfassungskonformer Gesetzesänderungen umsetzen.

2) Verfassungswidrige Forderungen wie eine willkürliche, kollektive Abschiebung von Migranten oder Ausländern, unabhängig von einem bestehenden individuellen Aufenthaltsrecht oder gar die Abschiebung deutscher Staatsbürger, sind nie von uns beschlossen worden und stoßen auf unsere Ablehnung.

3) Die AfD macht keinen Unterschied zwischen deutschen Staatsangehörigen, mit oder ohne Migrationshintergrund. Alle Deutschen sind ohne Ansehen von Herkunft, Abstammung, Weltanschauung oder Religionszugehörigkeit Teil unseres Staatsvolkes.

Darüber hinaus sind wir uns der Versäumnisse der aktuellen Regierung bewusst, die zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen geführt haben. Wir glauben, dass die teilweise regierungsfinanzierte Medienberichterstattung oft dazu dient, von diesen Fehlern abzulenken. Unser Ziel ist es, diese Fehler zu korrigieren, um Hessen wirtschaftlich zu stärken und die gesellschaftliche Einheit zu fördern.

Machen Sie sich ein größeres Bild über die Methoden, wie man "im besten Deutschland aller Zeiten" mit der einzigen Opposition, der AfD, umgeht!

Unsere Maßnahmen in der Migrationskrise:

ILLEGALES EINREISEN VERHINDERN

- ⚠ Dem Beispiel **Australiens** folgen: Die deutsche Regierung verkündet deutlich, dass die Aufnahmekapazitäten erschöpft sind und Deutschland kein **Einwanderungsland** ist.
- ⚠ Deutsche Grenzen sichern: Der **Grenzübertritt** erfolgt ausschließlich kontrolliert. Nichtberechtigte werden abgewiesen. Der reguläre Grenzverkehr ist gewährleistet.
- ⚠ Deutsches Recht zur Asyl- und Schutzgewährung wieder auf den Urgedanken des **Grundgesetzes** zurückführen: Asyl ist ein Bleiberecht auf Zeit für politisch Verfolgte. Externe Regelungen (z. B. EU & UN) zum **Asyl- und Aufenthaltsrecht**, denen sich die deutschen Regierungen im Laufe der Jahre untergeordnet haben, sofort außer Kraft setzen.

ILLEGALES HIERBLEIBEN ERSCHWEREN

- ⚠ Asyl-Magneten abschalten: **Vollversorgung** beenden, Familiennachzug stoppen. Sachstatt Geldleistungen.
- ⚠ Der deutsche Pass ist keine **Ramschware**: Deshalb Überprüfung aller seit der **illegalen Grenzöffnung** im Herbst 2015 erfolgten Aufenthaltsgestattungen und Einbürgerungen.
- ⚠ Missbrauch verfolgen: Prüfung aller strafrechtlichen und rechtlichen Möglichkeiten, um Beteiligte an Täuschungen zur **Asyl- oder Aufenthaltsgewährung** in Verantwortung zu nehmen. Geschäftsmodelle der Asylindustrie beenden und Zahlungen an Institutionen, die der **Asylindustrie** zugerechnet werden, stoppen.

REMIGRATION UND ABSCHIEBUNGEN DURCHFÜHREN

- ⚠ Abschiebungen realisieren: **Großflächige Rückführung** aller illegal Eingereisten, aller Abgelehnten und Kriminellen.
- ⚠ Rückkehr beschleunigen: **Finanzielle Anreize** für freiwillige Rückkehrer anbieten und mit biometrischen Mitteln Missbrauch verhindern.
- ⚠ Umsetzung konsolidieren: Temporäre Schaffung eines **Remigration-Ministeriums** mit Experten aus allen betroffenen Fachministerien.



Migrationspolitik mit Folgen:

Alles andere als ein Geheimplan: Alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen, um konsequent abzuschieben und kriminellen Migranten die Staatsbürgerschaft entziehen zu können, fordern wir schon seit 2017. Eine Forderung, die inzwischen wahlkampftaktisch sogar von SPD, CDU und CSU geklaut wurde. Behauptungen, wir würden unbescholtene Deutsche mit Migrationshintergrund abschieben wollen, ist genau das, was Politik und Medien sonst immer anderen vorwerfen: Glatt gelogen! Es sind Fake News ohne die geringste faktische Grundlage.

Weil wir unsere Grenzen nicht geschützt haben, müssen wir nun unsere Weihnachtsmärkte und Kirchen schützen. Wir erleben schlimme Gewaltphänomene, wie die massiven, alljährlichen Silvesterangriffe auf unsere Einsatzkräfte, die klar im Zusammenhang mit der Migrationspolitik stehen. Migration erfolgt zum großen Teil in das Sozialsystem, verursacht hohe Kosten und eine deutlich spürbare Wohnraumknappheit. In unseren Städten entstehen Parallelgesellschaften, die unsere Kultur und unseren Staat ablehnen. Deutschland verändert sich nachhaltig und niemand hat die Deutschen je gefragt, ob sie diese Veränderung wollen.

- **Über 2,5 Millionen Ausländer erhalten bei uns Bürgergeld, ohne je eingezahlt zu haben!**
- **Seit 2002 wurden noch nie so viele Ausländer eingebürgert wie im Jahr 2022!**
- **Problemfall Familiennachzug - Insgesamt 807.702 Visa für Angehörige ausgestellt!**
- **Die Migration belastet die Steuerzahler enorm - allein 2023 mit 48,2 Milliarden Euro!**
- **Neue „Turboeinbürgerung“ schon nach drei Jahren - Der deutsche Pass wird verramscht!**

Diese von der Bundesregierung vorangetriebene Migrationspolitik stellt das eigentliche Unrecht in Deutschland dar. Und nicht irgendein privates Abendessen in Brandenburg.

Unter diesem Unrecht leiden natürlich auch die vielen gut integrierten Deutschen mit Migrationshintergrund. Und mit denen kämpfen wir seit Jahren gemeinsam für eine bessere Zukunft. Sie sind selbstverständlicher Teil unserer Partei und vertreten uns in Vorständen, in Land- und Bundestag, als Direktkandidaten, als Mitstreiter.

Wir fragen nicht danach, in welchem Land jemand irgendwann mal geboren wurde, sondern danach, ob man Deutschland liebt und voranbringen will, oder nicht. Und das ist das gute Recht einer stabilen, selbstbewussten und gesunden Demokratie, zu deren Erhalt wir angetreten sind!